

Deutschland setzt sich für die Schweiz ein

Hiesige Firmen sollen bei europäischen Staatsaufträgen weiterhin berücksichtigt werden

ISABELLE WACHTER

Es ist ein ungleiches Quartett, das sich am Freitag im altherwürdigen Luxus-hotel Baur au Lac in Zürich getroffen hat. Zumindest, was die Grösse der Länder betrifft, die dabei vertreten wurden. In einem kleinen Konferenzraum mit vielen Spiegeln und Kronleuchtern trat der Schweizer Wirtschaftsminister Guy Parmelin mit seiner deutschen Amtskollegin Katherina Reiche sowie Wolfgang Hattmannsdorfer aus Österreich und Hubert Büchel aus dem Fürstentum Liechtenstein vor die Medien.

Zuvor hatten sie darüber gesprochen, wie ihre Länder etwa mit der erratischen Zollpolitik der US-Regierung und Chinas unfairen Handelspraktiken umgehen sollen. Viele EU-Mitgliedsländer wollen sich nun ebenfalls abschotten. Und zwar mit den Prinzipien «Buy European» und «Made in Europe». Deutschland werde sich aber in der EU dafür einsetzen, dass dabei die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied nicht diskriminiert werde, sagte Reiche. Deshalb kann die Schweiz aber noch nicht aufatmen. Am Mittwoch wird die EU-Kommission einen entsprechenden Vorschlag präsentieren. Neben Deutsch-

land und Österreich müssten auch andere Länder die Schweiz als Teil davon sehen.

Die EU will zurückschlagen

Das «Buy European»-Konzept zielt hauptsächlich auf China ab. Die EU erhofft sich mit dem Vorstoss, die Flut von subventionierter chinesischer Ware auf dem europäischen Markt einzudämmen. Bereits jetzt gibt es erste Anzeichen, dass China seine Warenströme nach Europa umlenkt, weil es seine Produkte wegen der hohen Zölle nicht mehr in den USA verkaufen kann.

Der «Buy European»-Ansatz sieht deshalb vor, dass staatliche Stellen oder Staatsunternehmen bei der Vergabe von Aufträgen europäische Produkte und Firmen bevorzugen, besonders in strategisch wichtigen Branchen. Die Abwehrmassnahme der EU könnte aber auch die Schweiz als Drittstaat empfindlich treffen. Wären Schweizer Firmen bei europäischen Ausschreibungen plötzlich chancenlos, hätte das Auswirkungen auf die Industrie und Arbeitsplätze hierzulande.

Parallel zu «Buy European» kursiert auch die Idee von «Made in Europe»: Staatlich unterstützte europäische Firmen

sollen einen hohen Anteil ihrer Waren in der EU produzieren, vor allem wenn dies strategisch wichtige Sektoren wie die Energieversorgung betrifft. «Made with Europe» müsse die Devise sein, sagte Reiche, nicht nur «Made in Europe». Damit seien aus Sicht der deutschen Regierung alle Volkswirtschaften in Europa gemeint, man dürfe kein Land ausschliessen. Schliesslich gehe es bei den Initiativen in erster Linie darum, sich gegen Chinas Handelspraktiken zu wehren.

«Frau Reiche drückte sich klar aus, die Schweiz ist Teil der Lösung», sagte Parmelin. Man müsse jetzt europäisch denken. Auch Länder wie die Schweiz und Grossbritannien müssten einbezogen werden, auch wenn sie weder Teil der EU noch des EWR seien. Das sei auch im Interesse der EU. So könnten zum Beispiel nur Schweizer Firmen den kritischen Weltraumsektor mit gewissen Komponenten beliefern.

Neben Deutschland und Österreich müssten auch andere Länder damit einverstanden sein, dass Schweizer Firmen weiter berücksichtigt werden. Und diese Zustimmung ist keineswegs gewiss. Bereits bei den Verhandlungen der EU-Rahmenverträge hatte sich gezeigt, dass

vor allem osteuropäische Staaten weniger geneigt sind, Sonderlösungen für Drittstaaten zu akzeptieren. Die Idee von «Buy European» wird vor allem von Frankreich vorangetrieben. Anfang Februar warb der EU-Kommissar Stéphane Séjourné bei einem Gipfeltreffen in Antwerpen offensiv für die Initiative.

Nächstes Jahr in Liechtenstein

Erst am Donnerstag bekräftigte der österreichische Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer auf dem Portal OE24: «Wir brauchen eine Antwort darauf, wie europäisches und österreichisches Steuergeld patriotisch eingesetzt wird.» Im «Baur au Lac» sagte er, die europäischen Länder müssten nun die Welt mit ihren Produkten erobern. In einer Zeit, in der die USA und China ihre eigenen Wege gingen, müsse Europa zusammenhalten.

Entspannt zurücklehnen kann sich derweil Hubert Büchel, der Wirtschaftsminister des Fürstentums Liechtenstein. Sein Land ist EWR-Mitglied und daher aufgrund der «Buy European»-Strategie nicht diskriminiert. Büchel ist nächstes Jahr Gastgeber des jährlichen Vierertreffens.